

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 38

Artikel: Dialektik als Eroberungsmacht : die dritte Abart der "Demokratie"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076460>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dialektik als Eroberungsmacht

Die dritte Abart der «Demokratie»

Die kommunistische Dialektik hat einen neuen Begriff erfunden, der innerhalb der sowjetischen Welteroberungspläne seine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Vom neuen Programm der KPdSU sanktioniert wurde die Definition der «nationalen Demokratie», die das klassische Gegenüber der «bourgeoisen» und der «sozialistischen» Demokratie differenziert. Die scheinbare Wortspielerei enthält in Wirklichkeit Dynamik zur Sprengung aller Querverbindungen nichtkommunistischer Staatsauffassungen. Sie zeigt die Anpassungsfähigkeit der leninistischen Nachfolger und bestätigt die kommunistische Technik der Einflussnahme auf die Entwicklungsländer. Die Methode der kommunistischen Machtergreifungen in nächster Zukunft zeichnet sich durch die dialektische Vorbereitung ab. Die Zeichen müssen verstanden werden.

Masstab Klassenkampf ...

Zu den Begriffen, die in Rechtsstaaten und in den totalitären kommunistischen Staaten gleich lauten, aber inhaltlich verschieden, gehört derjenige der Demokratie. Der Kommunismus betrachtet ihn aus dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes einerseits und der Dialektik andererseits.

... und Dialektik

In bezug auf den Klassenkampf gibt es laut kommunistischer Auffassung die bürgerliche Demokratie, die nationale Demokratie (in parteioffiziellen Texten seit Spätherbst des letzten Jahres), die Volksdemokratie und die sowjetische Demokratie. Die zwei letzten Formen werden auch «sozialistische Demokratie» genannt.

Vom dialektischen Standpunkt aus muss auch der Begriff der Demokratie in unlösbarem Zusammenhang in seinem ganzen Umgebungskomplex, in seinen Stadien einer ständigen Entwicklung betrachtet werden.

Anhand dieser wechselnden Kriterien werden auch die bürgerliche und die sozialistische Demokratie verglichen. Die Entwicklung der beiden Formen weist, wie sie von der sowjetischen juristischen Literatur interpretiert wird, einerseits «grundsätzliche Ähnlichkeit» und andererseits «grundsätzliche Differenzen» auf. Die Entwicklung in den beiden Weltsystemen sei insofern ähnlich, als die Demokratie sowohl in den entwickeltesten bürgerlichen, als auch in den entwickeltesten sozialistischen Staaten allmählich zum Verschwinden gebracht werde. Unter kapitalistischen, beziehungsweise imperialistischen Verhältnissen (Imperialismus heisst im kommunistischen Jargon die letzte Phase des Kapitalismus) wandelt sich nach dieser Theorie die Demokratie unweigerlich in Faschismus, denn die führenden Monopolkreise können ihre Herrschaft über die unterdrückten Werktätigen nur durch Abschaffung der demokratischen Freiheitsrechte und durch die rücksichtslose Diktatur einer kleinen Ausbeutergruppe aufrechterhalten. Die sich ständig zuspitzenden Gegensätze wirken in Richtung eines erweiterten Klassenkampfes (Die These, noch im neuen Parteiprogramm wiederholt, wird gerade durch die Entwicklung der westlichen Demokratien geschichtlich widerlegt).

Die sozialistische Demokratie dagegen werde letzten Endes in die kommunistische Selbstverwaltung der Gesellschaft münden und allmählich in dem Masse eingehen, als sich die Formen der gesellschaftlichen (im Unterschied zur staatlichen) Selbstregierung entwickelten. Dies wäre der bis 1980 angekündigte Vollkommunismus.

«Nichtkommunistische Demokratie führt zum Faschismus»

Deutlich ersichtlich ist jedenfalls schon aus dieser kurzen Darstellung, dass die Auslegung nicht so sehr wissenschaftlich als vielmehr politisch ist. In weiteren Aspekten wird das noch deutlicher:

Nach marxistisch-leninistisch-stalinistischer Rechtstheorie beschränken sich die inneren Funktionen des bürgerlichen Staates auf die Festigung des kapitalistischen (privaten) Eigentums, auf Sicherung und Schutz der kapitalistischen Ausbeutung und auf die Unterdrückung der arbeitenden Klassen. Die bürgerliche Demokratie ist definitionsgemäss ausbeuterisch. «Das Kapital, einmal vorhanden, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keine demokratische Republik, kein Wahlrecht ist imstande, eine Aenderung zu bringen» (Lenin.) Der Parlamentarismus, die Freiheitsrechte der Werktätigen, so heisst es im «Juristischen Wörterbuch» (Moskau 1956), werden in den ersten zwei Phasen des bürgerlichen Staates (Liberalismus bis 1871 und Imperialismus bis 1918) durch die herrschenden Klassen ausgespielt, in seiner dritten Phase (Übergang zum Faschismus nach 1918 resp. nach 1945) dann auch direkt zertreten und formell abgeschafft.

«Diktatur des Proletariats»

Die sozialistische Demokratie aber stellt in ihren beiden Formen (sowjetische und volksdemokratische) die Diktatur des Proletariats dar, das heisst der Mehrheit über die Minderheit. Eine «Demokratie schlechthin» wird freilich solange nicht anerkannt, als der Staat existiert. Denn dieser ist das Unterdrückungsorgan der herrschenden Klasse. Demgemäss steht seine Auflösung auf dem Programm. Unterdessen ist die sozialistische Demokratie «geschichtlich der höchststehende demokratische Typus». Bürgerliche und sozialistische Demokratie sind infolge ihres Klasseninhaltes grundsätzlich verschieden. Die beiden Formen der sozialistischen Demokratie dagegen unterscheiden sich nur «quantitativ» und nicht «qualitativ» (graduell als verschiedene Entwicklungsphasen).

Die nationale Einheit

Die Ueberführung einer bürgerlichen Demokratie in eine sozialistische erfolgt durch den konsequenten Kampf des Volkes unter Führung der «Arbeiterklasse», beziehungsweise deren allein anerkannte Partei, die KP. Taktisch, so führt die kommunistische Literatur selbst aus, führt der Weg dabei über die bürgerliche Demokratie auf Grund einer nationalen Einheit, aus welcher nur die sich «der historischen Entwicklung widersetzenden ehemaligen Grosskapitalisten und Reaktionäre» auszuschalten sind. Strategisch aber ist von

allem Anfang an die Errichtung des sozialistischen Staates das Ziel («Juristisches Wörterbuch», N. Alexandrow «Die Grundlagen der Staats- und Rechtstheorie», Moskau 1960, u. a.).

Parlamentarische Infiltration

Schon der 20. Parteikongress (Februar 1956) wies darauf hin, dass die Diktatur der Arbeiterklasse nicht nur in den bisherigen Staat- und Regierungsformen errichtet werden könne, wobei je nach historischen Umständen neue Formen möglich seien. Die Diktatur des Proletariats könne auch über den parlamentarischen Kampf errichtet und in Form eines parlamentarischen Kampfes erhalten werden. Voraussetzung dazu sei aber eine ausserhalb des Parlaments (d. h. der auf demokratischem Mehrheitssystem zustandekommenen Volksvertretung) existierende Bewegung unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die den Klassenkampf von Proletariat und Bauerntum gegen die der Reaktion zugewandte Kleinbourgeoisie lenke. «Bei dieser Form ist eine feste Einheit der Arbeiterbewegung, die Vereinigung aller demokratischen und progressiven Kräfte in einer mächtigen Volksfront entbehrlich. Sind diese Voraussetzungen (d. h. Druck der organisierenden Minderheit) vorhanden, wird das Parlament zum Organ der wirklichen Volksvertretung» (d. h. der KP-Minderheitsvertretung) erklärt der schon zitierte Alexandrow.

Nationale Demokratie, die Übergangslüge

Der erwähnte Beschluss des 20. Parteikongresses der KPdSU wurde in den Beschlüssen der Konferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien (November 1957 und 1960) bestätigt und als Weltprogramm angenommen.

Durch die neue Formulierung wurde darauf die Theorie der Demokratie im Marxismus-Leninismus mit dem neuen Begriff des «Staates der nationalen Demokratie» ausgeweitet. Erstmals bediente sich die letztjährige zweite Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien dieser Definition, die seither in der kommunistischen Literatur Allgemeingut geworden ist und nun auch im Programm der KPdSU ihren Platz gefunden hat. In der Moskauer Erklärung vom November 1960 hiess es:

«Unter den jetzigen historischen Verhältnissen entstehen in vielen Ländern günstige internationale und innere Voraussetzungen zur Bildung eines unabhängigen Staates der nationalen Demokratie...» (Siehe Zitat, Seite 1, KB Nr. 36). Kriterien eines solchen Staates sind: Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegen den Imperialismus, Kampf gegen die neuen Formen des Kolonialismus und das Eindringen des imperialistischen Kapitals, Verwirklichung der Agrarreform und anderer Forderungen der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung. «Mit ihrer Entstehung und Festigung ergibt sich für die nationaldemokratischen Staaten die Möglichkeit, auf dem Wege des sozialen Fortschritts rasch voranzukommen und im Völkerkampf für den Frieden, gegen die Aggressionspolitik des imperialistischen Lagers... eine aktive Rolle zu spielen.» Der Programmentwurf der KPdSU hat diese Formulierungen beinahe wörtlich übernommen (Teil 1, Ka-

pitel 6. «Die nationale Befreiungsbewegung»).

Die nationale Demokratie unterscheidet sich nach kommunistischer Terminologie durch ihren Klasseninhalt von der Volksdemokratie. Der Unterschied lässt sich durch die Begriffe «Nation» und «Volk» erkennen. Die «Nation» umfasst alle Schichten der Gesellschaft, aus dem Volksbegriff aber werden (nach und nach) die nicht Werktätigen ausgeklammert («Volk» wird synonym zur Arbeiterklasse, dann zu deren einzig legitimen Vertretung, der KP). Als Grundlage einer solchen nationalen Demokratie führen sowjetische Quellen «eine breite nationalistische Front» und den «Kampf der werktätigen Masse für die Vereinigung ihrer politischen Parteien und Organisationen». So wird also die «sozialistische Einpartei diktatur bereits hinter der «dritten demokratischen Form» sichtbar.

Die Tendenz ist klar

Die Sowjets sind bemüht, für die Entwicklungsländer einen neuen «Status» zu formulieren, der sie sowohl von den kommunistischen als auch von den kapitalistischen Staaten abgrenzt. So braucht man in Afrika und Asien Demokratien nach westlichem Muster nicht ins gegnerische Lager einzureihen. Man räumt ihnen eine Sonderstellung als Übergangslüge ein.

Es gilt für Moskau Volksfronten zu schaffen, wobei die führende Rolle den von der Sowjetunion und den übrigen kommunistischen Staaten «materiell und moralisch» unterstützten Kommunisten zufällt. Die wichtigsten Posten — hauptsächlich das Innenministerium — werden von Kommunisten besetzt, womit die zukünftige Entwicklungslinie in Richtung auf die «sozialistische Demokratie» gewährleistet wird. Es sei daran erinnert, dass in einem besonders wichtigen Staat der «nationalen Demokratie», dem Kongo, ein Lumumbist den Posten des Innenministers übernommen hat. Der Weg der von der Uno gestützten Zentralregierung in Leopoldville scheint bereits vorgezeichnet...

Bevölkerung

Sowjetunion

Import und Export mit Menschenmaterial

Der Einheitsstaat mit aufgehobenen Nationalitätengrenzen wird in der Sowjetunion kräftig vorangetrieben. Entgegen der verfassungsmässig garantierten Rechte der einzelnen Völker geht die Tendenz auf eine Russifizierung des gesamten Sowjetgebietes (siehe Untersuchungen KB Nr. 28 und 29). Ferner ist insbesondere die Chruschtschew-Aera von grossen Umsiedlungsaktionen wirtschaftspolitischen und grenzpolitischen Charakters gekennzeichnet (siehe Untersuchung KB Nr. 18, und Bericht über die Neu-Einteilung der Wirtschaftsgebiete KB Nr. 23), die fortlaufend intensiviert werden.

Unsere auf Grund von SOI-Material zusammengestellte Karte gibt eine Uebersicht der wichtigsten sowjetischen Umsiedlungsaktionen vom Zweiten Weltkrieg an und zeichnet die heutige Ansiedlungstendenz.

Die heute abgeschlossenen Massendeporationen nichtrussischer Bevölkerungsgruppen konzentrierte sich im wesentlichen auf die Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahre. Diese im grössten Umfang organisierte Massenverschleppung (zum Teil gekoppelt mit Ausrottungsaktionen) waren in erster Linie gegen die Nationalitäten und Völker als solche gerichtet (die als staatsgefährlich betrachtet wurden) und erst in zweiter Linie Teil einer Besiedlungspolitik. Sie wurden denn auch als kollektive Straf- und Sicherheitsmassregeln durchgeführt. Das gilt insbesondere für die Liquidation der «Krimtataren» — diese türkische Bevölkerungsgruppe stellte bis zum Krieg einen Viertel der Einwohnerschaft der Halbinsel —, deren teilweise sympathisierende Haltung zu den Deutschen mit einer Massenvergeltung bestraft wurde. Ueber den Bestimmungsort der Deportierten ist naturgemäss kaum etwas bekannt.

Aehnlichen Charakter hatten praktisch die Massnahmen gegen die Bevölkerung deutscher Abstammung im Wolgagebiet (hauptsächlich im Mittellauf), doch handelte es sich neben der Liquidation der kompakten Nationalitätsgruppe zugleich um eine gelenkte Bewegung zur Bearbeitung der Neulandgebiete, vor allem in Sibirien und Kasachstan. So wurde den «Ausgewanderten» im Prinzip ein Anrecht auf neues Land zugestanden. Tatsächlich kam freilich der grösste Teil durch Hunger und Entbehrungen um, und der Rest wurde einfach zu Zwangsarbeit herangezogen.

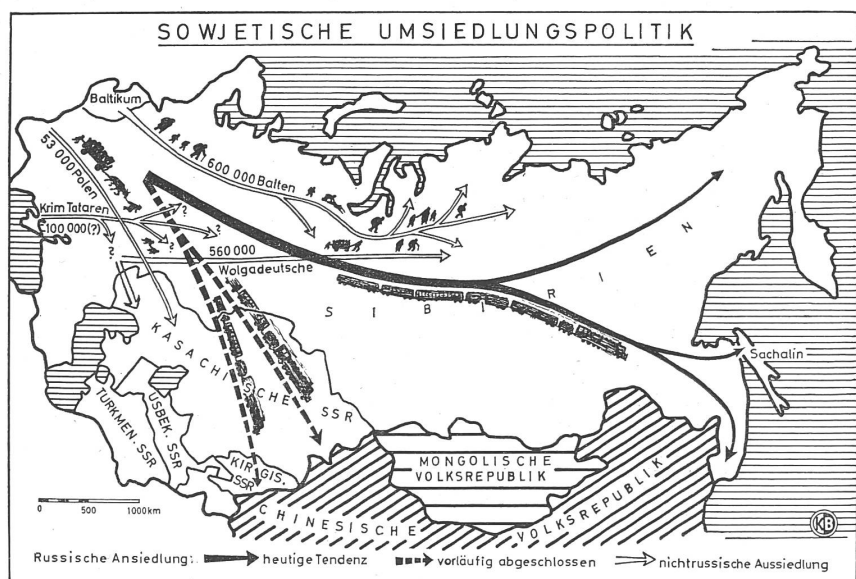
Mittelasien und Sibirien war das Ziel der Massenexilierung aus den baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen). Hierbei wurde offiziell allerdings nicht die ganze Bevölkerung abgeschoben, sondern nur entscheidend dezimiert. Man ging theoretisch nicht gegen die Nationalität vor (was als offene Verletzung der Verfassung — Artikel 123 — immerhin seine peinliche Seite hatte), sondern nur gegen die «unsicheren Elemente», die sich nicht sowjetisieren liessen. Ähnliches gilt von den Polen, namentlich der annektierten Grenzgebiete. In allen diesen Fällen wurden die entstehenden Lücken durch russische Zuwanderung gefüllt.

Im Gegensatz zu diesen endgültigen Ausmerzungsaktionen verfolgt die ständige russische Auswanderung den Zweck der Infiltrierung, die namentlich den politisch gefährdeten Grenzgebieten gilt. Dabei kommt das Misstrauen gegen China deutlich zum Ausdruck, haben doch die Grenzrepubliken mit verwandter mongolischer Bevölkerung die stärkste Russifizierung erfahren. In Kasachstan sank der Bevölkerungsanteil der Kasachstan zwischen 1926 und 1959 von 57 auf 29 Prozent, wogegen die russische Einwohnerschaft von 20 auf 43,1 Prozent stieg, sich also mehr als verdoppelte. Ähnliches gilt von Kirgisistan, wogegen sich die Nationalitätenstruktur in Turkmenistan, das an Persien grenzt, in den letzten zwanzig Jahren kaum veränderte.

Namentlich seit der Chruschtschew-Aera verfolgt die sowjetische Besiedlungspolitik zugleich auch wirtschaftliche Ziele: die landwirtschaftliche und industrielle Erschliessung neuer Gebiete. Chruschtschews grosse Anbauschlacht in Kasachstan und Sibirien (deren Misserfolg in den letzten Jahren verschiedentlich zu Säuberungen führte), wird geradezu als Prestigesteiner persönlicher Agrarpolitik weiter durchgesetzt. Die «Russenzufuhr» nach Kasachstan nimmt aber gegenwärtig ab, und zwar zugunsten der ostasiatischen Gebiete. Vor allem soll dort in wirtschaftlicher Hinsicht die Industrieproduktion an die reichen Rohstofflager herangeführt werden. Zurzeit ist die industrielle Produktion noch zu drei Vierteln auf Europa konzentriert, wo nur ein Viertel der Kohle, etwa die Hälfte des Erzes und fünf Prozent der Wasserenergie vorhanden sind. Obwohl das europäische Gebiet nur 25 Prozent der gesamten Unionsfläche ausmacht, sind hier 80 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigt.

Ein weiterer Aspekt der gegenwärtigen Ansiedlungspolitik betrifft die militärische Bedeutung jener Unionsteile, die gegen Alaska und Japan zu liegen (z.B. Raketenabschussbasen, Unterseeboot-Stützpunkte). Auch gesamthaft betrachtet stellt die industrielle Dezentralisierung eine militärische Schutzmassnahme dar.

Die Rekrutierung der Arbeitskräfte für die Neulandgebiete erfolgt im Prinzip auf



freiwilliger Basis (beispielsweise Anwerbung demobilisierter Soldaten, die sonst keine Beschäftigung finden und gleich kompanieweise engagiert werden), praktisch aber vor allem durch Druckmittel aller Art. Seit diesem Jahr nimmt die auch offiziell zwangsweise Umsiedlung («Arbeitserziehung» mit Deportation kann von den Gesellschaftsgerichten verfügt werden) zu. Eine verstärkte Handhabe zu dieser Praxis bot diesen Frühling der Ukas der RSFSR über den Kampf gegen «Parasiten an der Gemeinschaft» (siehe KB Nr. 18 und Untersuchungen KB Nrn. 20/21).

Eingeschneite Strassenreparaturen

In der RSFSR herrscht ein grosser Mangel an Schneeräumungsmaschinen, wie die sowjetische Fachpresse berichtet. Vielleicht könnte hier das tropische Guinea aushelfen, das ja im Rahmen der sowjetischen Entwicklungshilfe Schneepflüge erhalten hat (siehe KB Nr. 36).

Laut «*Ekonomitscheskaja Gasjeta*» (die übrigens seit Mitte August nicht mehr als Tageszeitung sondern als Wochenzeitschrift erscheint), ist es mit dem Zustand des Strassennetzes im gesamten Unionsgebiet schlecht bestellt. Die massgebende Wirtschaftszeitung führt das einerseits auf Vernachlässigung der Unterhaltungsarbeiten, andererseits schon auf das überstürzte Bautempo vieler wichtiger Verbindungswege zurück. Die Kritik betrifft wohl in erster Linie das sekundäre Strassennetz («besonders schlecht») nimmt aber auch die Autostrassen nicht aus, die bis vor kurzem als mustergültig angesehen wurden.

Das hindert nicht, dass auf diesem Gebiete grosse Projekte in Angriff genommen werden. Insbesondere wird eine geplante Autobahn (Alma — Ata — Kamenogorsk) von 1200 Kilometern Ostsibirien mit den mittelasiatischen Republiken und Kasachstan verbinden. In der Presse sind nur wirtschaftliche Begründungen (u. a. Entlastung des Schienentransports) zu lesen, nicht aber strategisch-militärische.

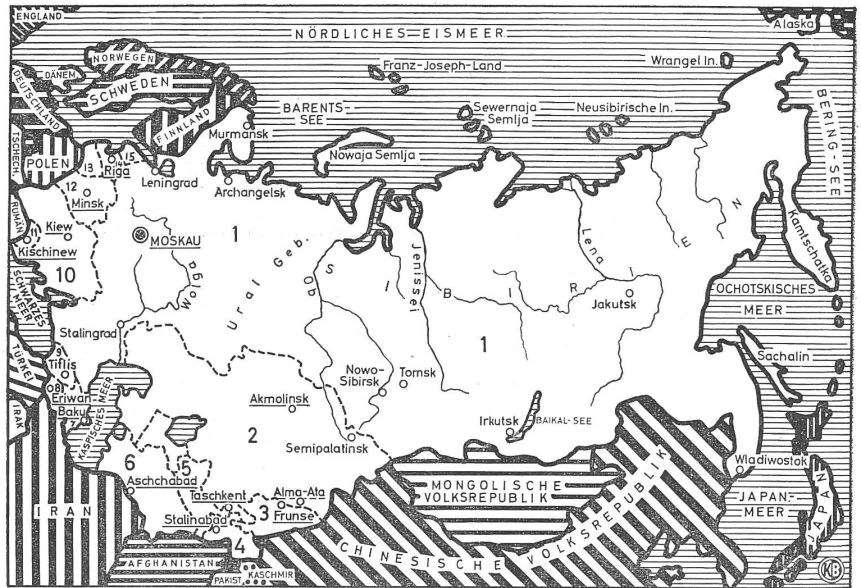
Wirtschaft

Ungarn Fünfjahresplan statutenwidrig

Das Zentralkomitee der ungarischen Partei hat den neuen Fünfjahresplan (in welchem die Wirtschaftsinvestitionen zugunsten von erhöhten Militärausgaben gekürzt wurden — siehe KB Nr. 37) unter krasser Verletzung der Parteistatuten angenommen.

Die neuen, einstimmig angenommenen Richtlinien für die Planung von 1961 bis 1965 enthalten nämlich eine Absage an die Beschlüsse des 7. Parteikongresses von 1959, der als das hierfür zuständige Organ bereits die Weisungen für den zweiten Fünfjahresplan aufgestellt hatte. Nun heisst es in der offiziellen Berichterstattung über den letzten ZK-Beschluss der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (= Kommunisten), dass Ungarn «Im Sinne der Beschlüsse des 7. Parteikongresses» bis 1965 die Grundlagen des Sozialismus festlegen werde. Aber die zum Teil wesentlich abgeänderten Planungsziele lassen erkennen, dass es sich recht eigentlich um ein neues Programm handelt. «Die Planungs-

Fortsetzung Seite 6



1 Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik; 2 Kasachische SSR; 3 Kirgisische SSR; 4 Tadschik. SSR; 5 Usbek. SSR; 6 Turkmen. SSR; 7 Aserbeidschan. SSR; 8 Armenische SSR; 9 Grusin. SSR; 10 Ukrainische SSR; 11 Moldauische SSR; 12 Weissruss. SSR; 13 Litauische SSR; 14 Lett. SSR; 15 Estn. SSR.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Mit einer Uebersichtskarte der gesamten Sowjetunion beginnen wir eine Serie, in welcher die einzelnen Unionsrepubliken behandelt werden. (Nächste Nummer RSFSR.)

Staatsform: Doppelt-Föderatives Staatssystem, dem die nationale Struktur zugrunde liegt. Die Union ist aufgeteilt in 15 Unionsrepubliken (davon drei zusammengesetzte Republiken), 19 autonome Republiken, 9 autonome Gebiete, 10 nationale Kreise. Ausserdem gibt es als grosse Verwaltungseinheiten noch 117 Gebiete und Grenzgebiete. Wirtschaftliche Einteilung (seit diesem Sommer): 13 Grosszonen (Wirtschaftsgebiet) und 103 Wirtschaftsrayone (Wirtschaftsbezirk) mit je einem Volkswirtschaftsrat (Sownarchos) an der Spitze.

Regierungsform: Räte (Sowjet)-system mit Aufbau von den örtlichen Sowjets bis zum Obersten Sowjet als gesetzgebenden Körper. Der «leitende Kern» des Staates ist aber verfassungsgemäss (Artikel 126) die Kommunistische Partei (KPdSU).

Kollektives Staatsoberhaupt ist das Präsidium des Obersten Sowjets, dessen Vorsitzender (Leonid Breschnew) den Staat nach aussen vertritt.

Chruschtschew ist Regierungschef (Vorsitzender des Ministerrates), hat aber seine eigentliche Machtposition als 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU.

Einparteiensystem; Wahllisten («Block der Kommunisten und Parteilosen») von der KP zusammengestellt.

Fläche: 22,4 Millionen Quadratkilometer, wovon 700 000 Quadratkilometer Zuwachs nach dem Krieg.

Einwohner: letzte Volkszählung (15. Januar 1959) 208,8 Millionen. Schätzung 1960: 216 Millionen. Durchschnittlicher natürlicher Jahreszuwachs: 3,5 Millionen. Städtische Bevölkerung 48, Landbevölke-

rung 52 Prozent. Aufteilung der Werk-tätigen: Bauern 37,6 Prozent, Industrie 25,1 Prozent, Bauwesen 6 Prozent. Armeebestand 3,6 Millionen, Polizei und Sicherheitsstruppen verschiedener Art 14,5 Millionen (SOI-Berechnung, siehe KB Nr. 16). Bevölkerung: Insgesamt 110 Nationalitäten. Wichtigste Gruppen (in Millionen, laut Zählung 1959): Russen 114,5; Ukrainer 36,9; Weissrussen 7,8; Usbeken 6,0; Tataren 5,0; Kasachen 3,5. Die Russifizierung macht Fortschritte: Von der jungen Generation nichtrussischer Völkergruppen führten 1959 bereits 10,2 Millionen Russisch als Muttersprache an.

Unionssprache russisch, freier Sprachgebrauch für die Nationalitäten.

Wirtschaftssystem: Zentralisierte Planwirtschaft (bis 1959 Fünfjahrespläne, gegenwärtig Siebenjahresplan 1959 bis 1965, 15- und 20-Jahrespläne sind in Vorbereitung (Produktionsvorbereitung auf lange Sicht: Perspektivpläne).

Wirtschaftsstruktur: Am stärksten gefördert wird die Schwerindustrie, gefolgt von der chemischen Industrie. Leichtindustrie, Landwirtschaft und besonders Handel und Gewerbe vernachlässigt. Binnen- und Aussenhandel staatlich.

Export: Maschinen und Ausrüstungen, Erze und Metalle, Getreide, Holz, Erdöl, Kohle und Koks, Pflanzenfasern, Fertigwaren aller Art. Handel vor allem mit Comecon-Mitgliedern und den andern kommunistischen Staaten. Zunehmend mit Entwicklungsländern.

Städte: Auf unserer Karte unterstrichen die Republikshauptstädte; in Kasachstan ist (das weiter von der chinesischen Grenze entfernte) Akmolinsk im Begriff, Alma-Ata als Hauptstadt abzulösen.

Mitgliedschaft: Uno (Ukraine und Weissrussland sind überdies «eigenständige» Mitglieder der Uno), Warschauer Pakt, Comecon.